

17.04.2015: Glatteis, Stadtrat rutscht aus

Der Stadtrat lehnt die Parlamentsinitiative ab. Mit seiner Begründung begibt er sich auf Glatteis, denn die stadträtliche Begründung ist nicht nachvollziehbar.

Schon beim ersten Punkt beschönigt der Stadtrat sein eigenes Verhalten. Er bedauert den Wegfall des Stadtforums, er nennt das Stadtforum ein „Mitwirkungsgefäß“ ,schreibt „Das Stadtforum hat zwar weniger Kompetenzen als ein Parlament“. Ungefähr das gleiche steht auf der Website der Stadt: „<http://www.rapperswil-jona.ch/de/politik/stadtforum/>

Dort werden sogar die Hauptaufgaben aufgelistet:

„Die Hauptaufgaben des Stadtforums sind:

- Grundsatzdiskussionen und Meinungsbildungen in der Entwicklungsphase von wichtigen Geschäften
- Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen für den Stadtrat im Rahmen von Workshops usw.
- Einholen von Stellungnahmen bei der Organisation zu konkreten Geschäften/Fragen
- Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf Vernehmlassungsverfahren“

Nur: das Stadtforum durfte schon lange nicht mehr mitwirken. Nicht bei der Planung der Alterssiedlungen, nicht bei der Bibliothek, nicht bei den Parkplatzgebühren, um nur einige zu nennen. Kompetenzen hat das Stadtforum weniger als ein Parlament, meint der Stadtrat. Richtig ist: das Stadtforum hat gar keine Kompetenzen. Auch in anderen „Mitwirkungs“-Gremien wie zB beim Mobilitätsforum wurde der Stadtrat nie müde zu erklären, dass das Gremium keine Kompetenzen hat, die liegen alle beim Stadtrat.

Von einem Workshop des Stadtforums zur Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für den Stadtrat habe ich noch nie etwas gehört.

Der Stadtrat hält da nur eine Fiktion aufrecht, Fakten sind offensichtlich nicht so wichtig. Das Stadtforum darf Fragen stellen, damit hat es sich. Es nicht einmal über alle Entscheide des Stadtrates informiert, oft macht er das lieber direkt über die Medien.

Richtig begriffen hat der Stadtrat das Anliegen der Initianten. Es geht nicht darum, das Volk zu schwächen, deshalb schreibt er auch: „Eine Entlastung der Bürgerschaft findet ...somit nicht statt“. Genau das aber stört ihn. Für ihn ist nicht nachvollziehbar, warum BürgerInnen ihre Rechte behalten und er Kompetenzen abgeben soll. Für Demokraten allerdings sollte das nachvollziehbar sein. Denn das Volk delegiert Rechte an Räte oder an Parlamente, hat natürlich auch das Recht, jederzeit einzugreifen, wenn ihm etwas nicht passt. Eine Art Opfersymmetrie gibt es in dieser Sache nicht.

Einer der Zwecke eines Parlamentes ist es, Prozesse und Entscheide transparent zu machen. Eine Aufgabe, die der Stadtrat arg vernachlässigt. Er kommuniziert dann, wenn entschieden ist – Entscheide, die ohne Bürger oder deren Vertretung getroffen wurden.

Heute nehmen an Bürgerversammlungen zwischen 1% und 3% der StimmbürgerInnen teil. Bei Entscheidungen an der Urne zwischen 30% und 40%. Das Parlament ermöglicht allen die Teilnahme an dessen Wahl, ermöglicht allen die Teilnahme an Abstimmungen. Dies schafft eine Bürgerversammlung nie. Es wird immer BürgerInnen geben, die nicht teilnehmen können